

Flughafen Hannover-Langenhagen: Nachtflugerlaubnis bis 2019 verlängert

BUND kritisiert: Keine Nachtruhe für lärmgeplagte Anwohner

Noch unter der Leitung des jetzigen Bundesgesundheitsministers Philipp Rösler (FDP) gab das niedersächsische Wirtschaftsministerium den ungezügelten Nachtflugwünschen des Flughafens Hannover-Langenhagen Vorrang vor der Gesundheit der Anwohner.

Weiterhin dürfen Flugzeuge in Hannover-Langenhagen rund um die Uhr starten und landen. Als eine seiner letzten Amtshandlungen als niedersächsischer Wirtschaftsminister verlängerte der FDP-Senkrechtharter Philipp Rösler im Oktober vergangenen Jahres die Betriebsgenehmigung des Flughafens für weitere zehn Jahre – inklusive der höchst umstrittenen Nachtflugerlaubnis. Damit hat sich der heutige Bundesgesundheitsminister Rösler über alle Argumente und Einwände von Fluglärmkommission, Anliegergemeinden und Umweltverbänden hinweggesetzt und für die vielen betroffenen Anwohner erhebliche gesundheitliche Folgeschäden riskiert.



Foto: Schutbalu (Pixelio)

Nachtflüge: Anwohner leiden für wirtschaftliche Interessen

Die um den Flughafen liegenden Gemeinden Isernhagen, Langenhagen und Garbsen sowie die Fluglärmkommission haben die umfassende Nachtflugerlaubnis für den Flughafen Langenhagen abgelehnt. Anliegergemeinden fordern eine Kernruhezeit zwischen 22 Uhr abends und 6 Uhr morgens, wie sie auch an anderen deutschen Flughäfen üblich ist. Weiter forderten die Gemeinden eine Begrenzung der Betriebserlaubnis auf fünf Jahre, um neue Erkenntnisse aus Forschung und Entwicklung rechtzeitig berücksichtigen zu können.

Doch schon heute beweist die aktuelle Studienlage: Fluglärm macht krank, nächtlicher Fluglärm unter Umständen sogar schwer krank. Die medizinischen Befunde aus zahlreichen Studien sind eindeutig: Schon ab vergleichsweise geringen Fluglärmbelastungen von einem mittleren Dauerschallpegel von 40 Dezibel an steigt das Risiko für Herz- und Kreislauferkrankungen deutlich und stetig. Besonders gefährlich wird es, wenn auch nachts geflogen wird: Je lauter der Krach, desto höher der Blutdruck, lautet die Formel und das auch, wenn die Menschen

schlafen. Das Ohr schläft nie! Mit dem erhöhten Blutdruck steigt auch das Risiko für Schlaganfälle oder Herzerkrankungen. Sogar Krebs als Folge von Schlafentzug und nächtlichem Lärmstress wird unter Wissenschaftlern diskutiert.

Aber auch tagsüber müssen die Flughafenanlieger leiden. Kommunikationsstörungen bei An- und Abflügen sind an der Tagesordnung, vom ungestörten Aufenthalt im Freien kann oft nicht die Rede sein, lärmempfindliche Einrichtungen wie Krankenhäuser, Schulen oder Kindergärten können nur mit Einschränkungen arbeiten. Gesetzlich geforderte Lärmaktionspläne sollen Abhilfe schaffen – aber wie soll das gehen angesichts solcher politischer Entscheidungen?

Nicht nur das FDP-gelenkte Wirtschaftsministerium hat die zahlreichen und schwerwiegenden Hinweise und Forderungen nicht berücksichtigt. Selbst die rot-grün regierte Landeshauptstadt hat sich als Flughafen-Anteilseignerin im Aufsichtsrat des Flughafens aus „wirtschaftlichen Erwägungen“ nicht gegen diese weitgehende Regelung zu Lasten der Anwohner ausgesprochen und der Verlängerung der Nachtflugerlaubnis zugestimmt. Vor allem mit wirtschaftlichen Anforderungen des Luftfrachttransports argumentiert der Flughafenbetreiber. Aber andere deutsche Flughäfen sind auch mit einer ernsthaften Nachtflugregelung wirtschaftlich erfolgreich. Das Absurde der Argumentation: Auf dem Flugplatz Langenhagen werden von 100.000 Tonnen Frachtumschlag nur rund fünf Prozent (!) als Luftfracht transportiert, der Rest wird über die Straße abgewickelt. Entgegen den offiziellen Verlautbarungen geht es wohl mehr um den Charterflug, der Billigflieger mitten in der Nacht auf die Reise schickt. Der Flughafen wirbt weiter aggressiv um Billigflieger und Billigflug-Airlines.

Während alle Welt über den drohenden Klimawandel und über die dringend notwendigen Veränderungen unseres ressourcenintensiven Lebensstils spricht und die rot-grüne Ratsmehrheit zu Recht ihre Umweltzone in Hannover verteidigt, kümmert es die Hauptstädter offensichtlich nicht, wenn über dem Nachbarort Langenhagen und den umliegenden Gemeinden die Flugzeuge bis zur Erreichung der Reiseflughöhe und bei der Landung die äquivalente Schadstoffmenge von mehr 40.000 VW-Golf-Fahrzeugen ausstoßen.

Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler
Geschäftsführer des BUND
Landesverband Niedersachsen



Unterems muss geschützt werden

Seit 25 Jahren kämpft der BUND mit anderen Verbänden für den Schutz der Ems – gegen fortlaufende Vertiefungen und Uferbefestigungen, gegen Bühnenbauwerke und nicht zuletzt gegen das Emssperrwerk. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat nun mit einem Urteil das Mündungsgebiet der Ems unter den Schutz der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie gestellt. Auslöser war eine Klage der Stadt Papenburg, die der Bundesregierung untersagen lassen wollte, die Unter- und Außenems als Schutzgebiet von europäischer Bedeutung anzuerkennen und entsprechend der FFH-Richtlinie an die Europäische Kommission nach Brüssel zu melden. Dabei ist die Bundesrepublik wie alle EU-Mitgliedsstaaten seit 1992 mit der Verabschiedung der FFH-Richtlinie dazu verpflichtet, solche Schutzgebiete für das Naturschutznetz „Natura 2000“ zu melden. „Das Urteil stellt klar, dass die Ems ein FFH-Gebiet ist und weder die Stadt Papenburg, die Landkreise Emsland und Leer noch das Land Niedersachsen aufgrund wirtschaftlicher Interessen auf diesen Schutzstatus verzichten dürfen“, begrüßt der niedersächsische BUND Landesgeschäftsführer Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler den Richterspruch.

Mit der Meldung als europäisches Schutzgebiet sind die Behörden nun erneut gefordert. Denn vor weiteren

Flussvertiefungen für die Überführung von großen Kreuzfahrtschiffen steht seit dem Urteil eine nach FFH-Richtlinie vorgeschriebene Verträglichkeitsprüfung, die untersuchen muss, ob die regelmäßigen Ausbaggerungen mit den Schutzziele noch vereinbar sind. Nach Ansicht von Naturschützern sind die Lebensbedingungen in der Unterems durch die jahrelangen Ausbaggerungen und andere Eingriffe immer schlechter geworden. „Es lagert sich immer mehr Schlick im Fluss ab, der Sauerstoffgehalt im Wasser sinkt im Sommer lebensbedrohlich ab und die Fließgeschwindigkeit der auflaufenden Flut in der Ems hat gewaltig zugenommen“, sagt Bodenstein-Dresler.

„Das Urteil des EuGH ist aber auch ein erneuter An Schub für die Suche nach Alternativen“, erwartet der BUND Landesgeschäftsführer. „Denn im Sinne der Nachhaltigkeit braucht die Region dringend Lösungen für eine Renaturierung der Ems – unter Berücksichtigung des Werftbetriebs und der Überführung der Meyer-Schiffe.“ Derzeit bereite das Land Niedersachsen eine Machbarkeitsstudie vor, die prüfen soll, ob ein „Ems-Umgehungskanal“ unter Berücksichtigung ökologischer, wirtschaftlicher und anderer Aspekte eine Chance für das Ems-Ästuar und seine bedrohte Tier- und Pflanzenwelt sein könne.

Wasserrecht: Niedersachsen legt den Rückwärtsgang ein

Geht es nach den Regierungsfractionen im niedersächsischen Landtag, wird dem EU-Wasserrecht ein spürbarer Schlag versetzt. Statt weiter auf den bis 2015 vorgeschriebenen „guten Zustand“ hinarbeiten, legt Hannover den Rückwärtsgang ein. Zeitgleich zum Inkrafttreten des neuen bundesweit geltenden Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) soll zum 1. März 2010 eine Novelle des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) die zarten Verbesserungen des Bundesgesetzes wieder zunichte machen. So sollen Gewässerrandstreifen an kleinen Flüssen und Bächen gar nicht mehr vorgegeben werden und an großen Flüssen von zehn auf fünf Meter halbiert werden. „Ein fataler Schritt“, kriti-

siert der BUND-Gewässerexperte Moritz Busse aus Hannover, „denn ohne Randstreifen als Pufferzone gelangen Düngemittel und Pestizide mit dem Regenwasser direkt in die Flüsse.“ Niedersachsen will das neue Bundesrecht auch in anderer Hinsicht verwässern: „Wie vor hundert Jahren soll es bei der Gewässerunterhaltung wieder vor allem um den so genannten ordnungsgemäßen Abfluss des Wassers gehen“, erklärt Busse enttäuscht. Fließgewässer als Lebensraum für Pflanzen und Tiere und als Lebensgrundlage kämen im neuen NWG viel zu kurz. „Es kann doch nicht sein, dass etwa in einem Bachabschnitt aufwendige Renaturierungsmaßnahmen durchgeführt werden und in einem anderen Abschnitt Randstreifen umgepflügt und der Bach regelmäßig bis auf den Grund durch schwere Maschinen geräumt wird und dabei die gesamte Gewässerfauna und -flora zerstört wird“, sagt der BUND-Experte.

Mit dem neuen Wasserrecht mache sich Niedersachsen wieder einmal zum Schlusslicht im Gewässerschutz unter den Bundesländern. Dabei könne sich der Flächenstaat den laxen Umgang mit seinen Gewässern gar nicht leisten – so ist beispielsweise über die Hälfte des niedersächsischen Grundwassers schadstoffbelastet, vor allem mit Nitrat aus der intensiven Landwirtschaft. „Es gibt noch viel zu tun in Niedersachsen auf dem Weg zu einem guten Zustand der Gewässer. Dieser Gesetzentwurf muss gestoppt werden, weil er die falsche Richtung vorgibt“, fordert Busse.



Foto: T. Horlitz

Das Ackern bis an die Uferkante (hier in der Leineau bei Garbsen) ist verheerend für die Gewässerökologie – trotzdem soll das nach den Vorstellungen von CDU/FDP in Zukunft in Niedersachsen noch leichter möglich sein.

Horst Unger geht von Bord

Günter Tjards, ehemaliger Bürgermeister und Kurdirektor von Baltrum und langjähriger Weggefährte von Horst Unger, findet lobende Worte für einen außergewöhnlichen Nationalparkhausleiter, der zum 1. März 2010 in den Ruhestand geht.

Horst Unger, 19 Jahre Leiter des Nationalparkhauses, das bedeutet fast eine ganze Generation lang „ohne Rast am Gast“. Alle Redner anlässlich seiner Verabschiedung haben ihn zu Recht über das übliche Maß hinaus sehr gelobt. Die Lücke, die er durch sein altersbedingtes Ausscheiden hinterlässt, wird nur schwer zu schließen sein. Ich glaube, was die Baltrumer und ihre Gäste an Horst hatten, werden sie erst richtig merken, wenn er nicht mehr in diesem Hause ist. Er hinterlässt schon ein paar sehr große Schuhe in die ein(e) Nachfolger(in) erst noch hineinwachsen muss. Daher wünsche ich dem Träger und dem Betreiber des Hauses sowie der Nachfolge von Horst Unger eine glückliche Hand und erfolgreiches Wirken für den weiteren Betrieb. Schließlich ist das Nationalparkhaus im geografischen Sinne das erste Haus am Platze.

In seiner langjährigen Zeit als Hausleiter hat Horst viele Inselhäuptlinge kommen und gehen sehen. Einer davon war ich. Als ich Horst schon zu Beginn meines Wahlkampfes kennen lernte, stellten wir beide fest, dass wir auf derselben Wellenlänge sind. Es verband uns sofort eine vertrauensvolle Sympathie, obwohl Horst und ich doch Konkurrenten um das Amt des Bürgermeisters waren. Die spätere Zusammenarbeit mit Horst in meiner Amtszeit als Bürgermeister und Kurdirektor von 2001 bis 2006 kann ich nur als hervorragend bezeichnen. Viele schwierige Fragen rund um das Nationalpark-Haus, dessen Träger ja die Gemeinde ist, haben wir gemeinsam und erfolgreich gelöst.

Ich darf etwa an die schwierige Abwicklung mit dem früheren Betreiber, der Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste e. V. (SDN) erinnern und den sehr erfreulichen Neubeginn mit dem BUND. Die Mitteleinwerbung für die komplett neue Ausstellung war dadurch dann schon fast ein „Selbstläufer“. Ein anderer Kampfplatz war das Ringen um den Fortbestand der Finanzierung durch das Land für das Nationalpark-Haus, verbunden mit dem Besuch des Umweltministers Sander auf Baltrum. Eine weitere gemeinsame und erfolg-



Horst Unger (65) fuhr viele Jahre als Berufsoffizier der Marine zur See, war Lehrer und führte die älteste Kneipe Oldenburgs, bevor er 1990 die Leitung des Nationalparkhauses Baltrum (kleines Foto) übernahm.

reiche Aktion war die sehr konstruktive Zusammenarbeit mit Horst im Team bei der Planung und der Umsetzung des Gezeitenpfades. Nach wie vor ist der Gezeitenpfad ein Highlight für die Besucher der Insel und findet sogar schon Nachahmer auf dem Festland.

Aber auch außerhalb des dienstlichen Geschehens gab es immer wieder viele nette Gespräche und Treffen mit Horst. Nicht zuletzt bei den gemeinsamen Auftritten der Inselbühne. Wenn ich nun des Öfteren als Ruheständler nach Baltrum komme, führt mich mein erster Weg stets ins Nationalpark-Haus. Ich werde mich daran gewöhnen müssen, hier bald ein anderes Gesicht zu sehen.

Bei der Verabschiedung habe ich Horst für die sehr gute Zusammenarbeit während meiner Amtszeit gedankt und ihm gewünscht, dass er auch als Rentner ein sehr aktiver und engagierter Mensch bei bester Gesundheit bleiben und seiner lieben Frau Ulrike nun etwas von der Zeit zurückgeben kann, die sie auf ihn in Oldenburg während der Baltrum-Jahre verzichten musste. Wir beide werden uns bestimmt nicht aus den Augen verlieren.

„BUND Vorstand und Landesgeschäftsstelle schließen sich diesem Dank aus ganzem Herzen an. Von Horst Unger wird man, so wie wir ihn kennen, ganz sicher weiter hören.“
Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler

► Die neue Leiterin des Nationalparkhauses stellen wir im nächsten BUNDmagazin vor.

BUND Niedersachsen in neuem Online-Gewand

Pünktlich zum Jahresbeginn hat der BUND Landesverband Niedersachsen e. V. seinen neuen Internetauftritt frei geschaltet. Mit neuem Layout, das an das Rahmendesign des Bundesverbandes angepasst worden ist, präsentiert sich der BUND Niedersachsen der Öffentlichkeit und seinen Mitgliedern und verspricht einen noch übersichtlicheren und attraktiveren Online-Service. Auf seinen Internetseiten informiert der BUND über aktuelle Projekte und Aktivitäten und kommentiert die Entwicklungen im Natur- und Umweltschutz in Niedersachsen. Hilfreich ist auch der Zugriff auf ein umfangreiches Archiv und auf die Inter-

netseiten der BUND-Kreisgruppen in Niedersachsen.

Es lohnt sich, unter www.bund-niedersachsen.de zu stöbern, denn zum Start hat der BUND ein Preisrätzel ausgelobt: Attraktive Gewinne – etwa eine Übernachtung auf Burg Lenzen für zwei Personen – winken denjenigen, die sich auf den neuen Seiten über den BUND und seine Arbeit informieren und einige Fragen dazu richtig beantworten. Teilnahmeschluss ist der 31. März 2010. Wer dabei Lust bekommen hat, beim BUND mitzumachen, findet hier auch seinen BUND vor Ort, Ansprechpartner und Termine.

► www.bund-niedersachsen.de

Neue Pressesprecherin



Pressesprecherin
Carla Juhre (33)

Seit dem 1. Januar 2010 verstärkt Carla Juhre als neue Pressesprecherin für den BUND Landesverband das Team in der Landesgeschäftsstelle in Hannover. Die Diplom-Geografin und Journalistin arbeitete zuvor drei Jahre als Redakteurin bei der Braunschweiger Zeitung und war dort vor allem für die Niedersachsen- und die Wissenschafts-Seite zuständig – nachdem sie in den Lokalredaktionen Helmstedt, Salzgitter, Peine und Braunschweig ihre ersten journalistischen Einsätze in Niedersachsen hatte.

„Natur- und Umweltschutz waren schon immer meine Lieblingsthemen“, sagt die 33-Jährige, die aus Zell an der Mosel stammt. Gleich nach dem Abitur 1996 fing sie an, für die Rhein-Zeitung in Koblenz zu schreiben. Juhre studierte in Köln Geographie mit den Nebenfächern Politik und Afrikanistik, parallel dazu absolvierte sie die „Kölner Journalistenschule für Politik und Wirtschaft“. Im Rahmen ihrer Ausbildungen machte Juhre mehrere Praktika, unter anderem bei der Zeitschrift Ökotest, und

arbeitete nebenher als freie Journalistin für das Politik-Ressort des Bonner General-Anzeiger. Nach ihrem Studium war sie ein Jahr lang am Geografischen Institut der Kölner Universität als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig, bevor sie nach Niedersachsen zur Braunschweiger Zeitung wechselte. Jetzt möchte Carla Juhre nicht nur den Landesverband in der Pressearbeit unterstützen, sondern auch den BUND-Kreisgruppen bei ihrer Zusammenarbeit mit der Presse helfen.

Projekt Wildkatze – es geht weiter



Projektleiterin
Janina Philipp (25)

Das länderübergreifende Artenschutzprojekt des BUND für die bedrohte Wildkatze geht in Niedersachsen in eine neue Runde. Dank finanzieller Unterstützung durch die EU und durch die Niedersächsische Bingostiftung kümmert sich ab dem 1. Januar 2010 die Geografin Janina Philipp in der BUND Landesgeschäftsstelle um das Thema Wildkatze. Sie folgt damit Mandy Henning-Hahn, die das Projekt aus familiären Gründen abgegeben hat. Die 25-jährige Bad Harzburgerin ist mit der scheuen Wildkatze und ihren Überlebensproblemen in der zersiedelten Kulturlandschaft bereits vertraut: Philipp hat im Rahmen ihrer Diplomarbeit so genannte Wildtierkorridore am Grünen Band untersucht – das sind Gehölze, Uferstreifen oder Waldinseln, entlang derer Wildtiere Agrarlandschaften durchqueren können. „Davon gibt es leider viel zu wenig“, beklagt die Geografin, die während ihrer Forschungsarbeiten im Harz immer wieder überfahrene Wildkatzen fand.

Niedersachsens Wildkatzenbestände in Harz und Solling sind aufgrund fehlender Wanderkorridore bislang voneinander isoliert, doch das soll sich im Rahmen des Wildkatzenprojektes ändern. Die Korridore ließen sich sogar bis zur Lüneburger Heide verlängern, denn auch dort ist nach Expertenmeinung „Wildkatzenland“. Philipp verweist nach Thüringen, wo gerade der erste große „Grüne Korridor“ entstanden ist: 20.000 Bäume und Büsche verbinden die Waldlebensräume Nationalpark Hainich und Naturpark Thüringer Wald miteinander.

Der BUND Thüringen, unter dessen Federführung der länderübergreifende „Wildkatzen-Wegeplan“ entwickelt wurde, hofft auf die positive Signalwirkung dieser groß angelegten Pflanzaktion. Insgesamt fünf BUND Landesverbände beteiligen sich mittlerweile am Rettungsnetz für die Wildkatze: Neben Thüringen und Niedersachsen sind dies Hessen, Baden-Württemberg und der Bund Naturschutz in Bayern.



Foto: T. Stephan

Vom Aussterben bedroht: Nur noch etwa 1.500 Wildkatzen leben in Deutschlands Wäldern.

Durch die Verbindung der Wildkatzenwälder sollen sich die versprengten Restpopulationen der „Europäischen Wildkatze“ wieder erholen und stabilisieren können. Davon profitieren auch viele andere Tier- und Pflanzenarten. „Die grünen Wanderkorridore verbinden Lebensräume und das natürlich nicht nur für die Wildkatze“, sagt Philipp. Aber sie sei schließlich das Symboltier für die Vernetzung von Wäldern.

Genial-regionale Ausstellung „Deine KonsumLandschaft“ geht auf Tour

Gerechte Preise, Lebensmittelqualität, Naturschutz, Bewirtschaftung, Arbeitsplätze und Klimaschutz – was hat das mit meinem Konsum zu tun? Antworten darauf liefert die Ausstellung „Deine KonsumLandschaft“, die bei der Grünen Woche in Berlin erstmals gezeigt wurde. Die Wanderausstellung

bietet Jugendlichen Gelegenheit, sich mit ihrem Einkaufsverhalten und den Folgen zu beschäftigen. Sie ist eine Gemeinschaftsproduktion vom BUND Niedersachsen und dem Bundesverband der Regionalbewegung. „Deine KonsumLandschaft“ geht ab sofort in Niedersachsen auf Tour.

Die Ausstellung kann gebucht werden unter:

www.deine-konsumlandschaft.de
oder telefonisch bei Tilman Uhlenhaut, BUND Niedersachsen

Telefon:
04131/245478

Email:
tilman.uhlenhaut@nds.bund.net

Herausgeber:
BUND Landesverband
Niedersachsen e.V.
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Tel.: 0511/96569-0
Fax: 0511/662536
email:
bund.nds@bund.net
<http://www.BUND-Niedersachsen.de>

Spendenkonto:
Nord/LB Hannover,
BLZ 250 500 00,
Konto 101 030 047

Redaktion:
Sabine Littkemann
email:
sabine.littkemann@t-online.de

Satz und Layout:
Markus Leder

Texte ohne Autorennennung:
Sabine Littkemann